

Eine große Errungenschaft unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht

Von Dr. Gerhard Fischer, Vorsitzender der Hochschulgewerkschaftsleitung

Am 9. April 1966 trat der größte Teil unserer Werktätigen nicht in gewohnter Weise sein Tagewerk an, sondern hielt seinen Arbeitstagen fern. Und das geschah — obwohl dem Kalender nach ein Werktag war — mit durchwegs ruhigem Gemütszustand, sicher sogar im Hochgefühl eines errungenen Erfolges. Denn die von FDGB vorgeschlagene Einführung der 3-Tage-Arbeitswoche in jeder zweiten Woche ist ein Ergebnis des wirtschaftlichen Fortschritts, den alle unsere Kollegen mit erarbeitet haben.

Es ist ein Charakteristikum unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht, daß unsere Menschen selbst die Maßstäbe für ihre Verhältnisse setzen und ihre Anstrengungen in der Verbesserung ihrer sozialen und Lebensbedingungen wiedererkennen. So wurde mit dem neuen ökonomischen System der Planung und Leitung in der ersten Etappe die Effektivität unserer Volkswirtschaft erhöht und damit der Lebensstandard der Werktätigen gesteigert, ein Prozess, der eine folgerichtige Tendenz in der Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft widerspiegelt. In unserem Bereich wird nicht nur die Erleichterung eines zusätzlichen freien Tages aller zwei Wochen wirksam, sondern gleichzeitig auch die Verkürzung der Arbeitszeit auf 46 Stunden in der Woche.

Damit wird eine Entwicklung fortgesetzt, um die die Arbeiterklasse jahrelang Kämpfe führen mußte. Seit der Proklamation des Achtstundentages an der Arbeiterkonferenz in Baltimore mußten 32 Jahre vergehen, bis in Deutschland im Jahre 1939 nach der Novemberrevolution diese Forderung der Arbeiterklasse erzwungen werden konnte. Es wird oft übersehen, daß schon 1922 gesetzliche Möglichkeiten eingeräumt wurden, den Achtstundentag zu durchsetzen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse entwickelten sich jedoch so, daß die Arbeiterklasse kontinuierliche Abwehrkämpfe gegen die Angriffe der Reaktion führen mußte. Überhaupt war unter den Bedingungen der Inflation und der um sich greifenden Arbeitslosigkeit in den Krisenjahre die Fragestellung nach dem Achtstundentag zentral geworden.

Nach der Niederschlagung der revolutionären Aktionen der Arbeiterklasse gelang es dem deutschen Imperialismus, gestützt durch das amerikanische Monopolkapital, diese Macht wieder zu stärken und zu festigen. Die durch die Kriegseinwirkungen bedingte Zerstörung und Verbesserung des Maschinenparks, und die Einführung neuer Produktionsverfahren führte im Zuge der kapitalistischen Restaurierung zur verschärften Ausbeutung und zur Entlassung von Arbeitskräften. In vielen Betrieben wurde dabei der Achtstundentag zwar abgelehnt, wurde jedoch schon neun- oder zehnmal verlängert, ohne daß es die Arbeiter gelang, ihren Kampf zu führen. Diesem waren zum Beispiel die Unfallgefahren.

Anders verlief die Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht in unserer DDR. Der Kontrollratsbeschluss von 1946 wurde in der DDR nicht nur eingehalten, sondern der Achtstundentag im Gesetz der Arbeit vom 18. April 1959 für verbindlich erklärt. 1957 wurde für Industrie, Verkehr und Nachrichtenwesen die 46-Stunden-Woche eingeführt, und jetzt erleben wir, daß diese Errungenschaft einem noch größeren Kreis von Werktätigen in unserer Republik zugute kommt.

Die technische Revolution führt unter sozialistischen Bedingungen nicht zu Entlassungen, sondern zu einer Ausweitung der Beschäftigten, sondern zu einer umfassenden Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller Werktätigen. Es soll dabei nicht vergessen sein, daß die 46-Stunden-Woche nicht nur Löhne und Gehälter wie vorher für 40 Stunden gesichert werden. Das ist eine Erhöhung des Reallohnens, die alle Beschäftigten, ein weiteres Zeichen dafür, daß die technische Revolution im Sozialismus von allen arbeitenden Menschen zu ihrem gemeinsamen Wohle verwirklicht wird. In dieser Überzeugung der Interessen unserer Wissenschaftler, Ingenieure und Arbeiter an der Lösung der komplizierten Aufgaben besteht eine wichtige Voraussetzung für die fruchtbringende sozialistische Gemeinschaftsarbeit, erklärte Walter Ulbricht auf der 11. Tagung des ZK der SED.

Wie unsere Werktätigen diese Zusammenhänge verstanden haben, zeigen u. a. die Verpflichtungen im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des 20. Jahrestages der SED. Die Arbeiter der Werke des Fritz-Reiber-Werkes, der Großbaustelle Leuna II und vieler anderer Betriebe gehen wirklich davon aus, daß die Zusammenarbeit der Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker, der Arbeiter und Angestellten im komplexen Wettbewerb Voraussetzung für die Erfüllung der Wettbewerbsziele ist.

Aus dieser Sicht ist es vollständig klar, wie die Entwicklung von allen Werktätigen weiter gefördert werden kann. Dabei erhält die Interessenvvertretung durch die Gewerkschaft eine neue Qualität. Die Gewerkschaft muß sich ideologische Voraussetzungen schaffen, damit die Wissenschaft als produktiv wirksam werden kann. Das erfordert eine selbständige Förderung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und die ständige fachliche Qualifizierung der Mitarbeiter.

In unserem Bereich sollte deshalb die Schaffung eines Bildungszentrums von allen Verantwortlichen mit größter Aufmerksamkeit verfolgt und unterstützt werden. Denn eine höhere Qualität der Planung und Leitungstätigkeit an unserer Technischen Hochschule wird nicht im Selbstlauf erreicht, sondern nur durch die Schaffung eines für funktionierendes Lernensystems, mit abgestimmten Aufgabenbereichen, klaren Tätigkeitsverlehen und verantwortlicher Arbeitsweise der einzelnen Mitarbeiter. Auch wir sehen in der komplexen Rationalisierung des Hauptwesens zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Kostenersparnis und besten Ausnutzung von Produktionsflächen, Maschinen, Anlagen und Ausrüstungen. Bei uns jedoch haben all diese Maßnahmen nur ein Ziel: die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse und damit die ständige Hebung des Menschenniveaus.

Das veränderte Menschenbild bietet unsere Werktätigen größere Möglichkeiten, sich mit den kulturellen und geistigen Errungenschaften der Menschheit zu beschäftigen. Kunst und Literatur werden auf aufwollendstem Gebiet treiben, und es werden bessere Voraussetzungen dafür gegeben sein, kulturelle, schöpferische Fähigkeiten und Talente zu entfalten. Auch unsere Hochschule wird als kulturelles Zentrum des Bezirks weiterhin und in verstärktem Maße das geistig-kulturelle Leben zu fördern haben.

Rückkehrend zu unserem Ausgangspunkt soll noch einmal hervorgehoben werden, daß jede weitere Verbesserung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen nur die Frucht unserer eigenen Anstrengungen sein kann. Jeder hilft deshalb sich selbst am meisten, wenn er seine eigenen Interessen mit den gesellschaftlichen abstimmt und alles daransetzt, um einen höheren Nutzen seiner Arbeit zu erzielen. In der verkürzten Arbeitszeit sind alle Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1966 ohne zusätzliche Arbeitskräfte und im Einklang mit dem geplanten Lohnfonds zu bewältigen. Helfen wir alle, diese großen Ziele zu erfüllen!

Gedanken zum Briefwechsel SED - SPD

Das Gespräch gemeinsam zu guten Ergebnissen führen

In Vorbereitung und zu Ehren des 20. Jahrestages der Vereinigung von KPD und SPD wird auf allen Gebieten unserer sozialistischen Gesellschaft mit besonderer Energie gearbeitet um den ersten deutschen Friedensstaat, unter Führung der gesamten Arbeiterklasse errichtet, zu stärken. Jeder Beitrag dafür ist ein wichtiger Schritt auf dem gemeinschaftlichen Weg der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Die Partei selbst tritt mit neuen schöpferischen Leistungen auf politischem, ökonomischem und kulturellem Gebiet hervor.

Aus ernster Sorge um Lage und Zukunft des deutschen Volkes, die durch die imperialistische Politik des deutschen Imperialismus zum dritten Male in diesem Jahrhundert äußerst bedroht sind, begannen Partei und Regierung unserer Republik das Jahr 1966 mit neuen Initiativen zur Lösung der deutschen Frage. Die Neujahrsbotschaft des Politbüros des Staatsrates der DDR und die Erklärung des ZK der SED mit dem 8-Punkte-Vorschlag an die Regierung der Bundesrepublik leitete eine neue Seite der „Kohärenz der Friedenspolitik“, dem außenpolitischen Pendant zur „Eskalation

der Politik des kalten Krieges der westdeutschen Imperialisten, ein. Der Inhalt dieser neuen Stufe wird durch eines der bemerkenswertesten Dokumente zur jüngsten Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, den offenen Brief an die Mitglieder und Freunde der westdeutschen Sozialdemokratie vom 11. 2. 1966, mitbestimmt.

Welche Überlegungen veranlaßten die SED zu diesem einmündigen Verständigungsappell an die SPD, mit der es in der gesamten Periode der Nachkriegszeit auf der Ebene der Parteiverbindungen trotz wiederholter Versuche der SED zu weiteren Kontakten kam?

Die Politik einer marxistisch-leninistischen Partei wie der SED ist im besten Sinne rational. Sie basiert auf exakten Analysen der jeweiligen gesellschaftlich-politischen Situation und der sich aus den bestehenden Kräfteverhältnissen abzeichnenden Entwicklungstendenzen. Nach den Bundesparlamenten in Westdeutschland rechneten sich gegen Ende vergangenen Jahres vier allem Zeit langem objektiv wirkende Prozesse immer sichtbar ab.

Auf der einen Seite wurde schlaglichtartig deutlich — und es hätte der Erklärungen des Herrn Eichard über die „formierte Gesellschaft“ nicht einmal bedürftig — daß das Monopolkapital in Verbindung mit dem alten Militärstehingel sich zu einer höheren „Formierung“ seines Herrschaftsanspruchs und damit die Gefährdung der Nation weitertrieb. Andererseits geriet die demokratische Opposition, gestützt aus den gewaltigen Reserven der Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsorganisationen — allein in den 18 Industriegewerkschaften des DGB sind 6,5 Mill. Arbeiter und Angestellte organisiert — in stärkeren Bewegung.

In dieser Situation hat der Verständigungsappell der SED bei den orientierten westdeutschen Arbeitern auf fruchtbaren Boden, zahlreiche Mitlieder und Funktionäre der SPD und des DGB haben den offenen Brief diskutiert. Der SPD-Parteivorstand kam daher nicht umhin, den

Stimmungen vieler Gruppen und Leistungen bis hinauf in die Landesverbände (z. B. Schleswig-Holstein, Hessen-Süd, Bayern-München u. a.) Rechnung tragend, eine offene Antwort auf den offenen Brief der SED zu geben. Nicht zu hoffen, daß das begehrte Gespräch über die erste Lase, in die sich das deutsche Volk durch Verschulden der Monopolisten und Militaristen erneut befindet, auch von der SPD mit dem entsprechenden Verantwortungsbewußtsein weitergeführt und gemeinsam zu guten Ergebnissen gebracht wird.

Dr. Hans Münch, Institut für Marxismus-Leninismus, Alt. Geschichte der Arbeiterbewegung

Ein wichtiger erster Schritt

Eine wesentliche Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands besteht darin, daß zwischen Vertretern beider deutscher Staaten und den verschiedenen Ebenen Gespräche zustande kommen. Die Besichtigung zwischen dem ZK der SED und dem Parteivorstand der SPD kann daher als ein erster wichtiger Schritt auf diesem Wege nicht hoch genug eingeschätzt werden. Zweifellos bestehen zwischen beiden Parteien grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten, aber es gibt auch zahlreiche gemeinsame Auffassungen, die als Kernzelle für eine Verbesserung des politischen Klimas wirken können.

Prof. Dr. rer. nat. habil. Forke, Alt.-Leiter im Institut f. Chemie

Reale Möglichkeit, Standpunkte offen darzulegen

Wir begrüßen es, daß durch den offenen Brief des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die SPD

nach langem Schweigen endlich das deutliche Gespräch in Gang gekommen ist. Damit besteht jetzt eine reale Möglichkeit, die vielfach noch gegensätzlichen Standpunkte und Auffassungen in beiden Teilen Deutschlands offen darzulegen, um dadurch auf dem Wege zur Lösung der deutschen Frage einen wichtigen Schritt voranzukommen.

Zahlreiche fortschrittliche Wissenschaftler Westdeutschlands haben sich bereits für eine Verständigung ausgesprochen. Wir wollen dazu beitragen, daß mit westdeutschen Wissenschaftlern die Diskussion über die nationale Frage in Deutschland geführt wird.

Prof. Dr. Friedrich Klitsch, Direktor des Instituts für Ökonomie des Maschinenbaus, und alle Mitarbeiter

Annäherung erreichen

Das aktuellste Thema des politischen Lebens in Deutschland ist zweifellos das auf Initiative der SED begonnene Gespräch mit der SPD. Man muß begrüßen, daß die SPD auf den offenen Brief der SED geantwortet hat; denn dadurch besteht die Möglichkeit einer gewissen Annäherung. Würde dies erreicht, wären wir in der Lösung der deutschen Frage schon einen guten Schritt vorangekommen. Nach der vorliegenden Antwort der SPD ist jedoch leider erkennbar, daß die beiderseitigen Standpunkte noch erheblich voneinander abweichen. Daher muß ausdrücklich werden, was der Annäherung im Wege steht. Die SED hat in ihrer Antwort auf den Brief des SPD-Parteivorstandes die Grundprobleme der deutschen Frage, um die es ja vor allem geht, nicht einmal dargelegt. Man kann keine Prognose über die Entwicklung des begonnenen Gesprächs zwischen beiden Parteien aufstellen. Eines ist aber sicher: Viele Millionen Menschen in Deutschland begrüßen das aufgenommene Gespräch und hoffen auf gute Ergebnisse.

Reinhold Schmidt, Meister am Institut für Polygraphische Maschinen

Im Zeichen des 20. Jahrestages der SED

2. Hochschulwoche für Geschichtslehrer des Bezirks

Man kann inzwischen bereits von einer gewissen Tradition sprechen, wenn sich alljährlich in den Winterferien Geschichtslehrer aus den verschiedensten Kreisen unseres Bezirks zur Hochschulwoche für Geschichtslehrer in den Hörsälen unserer alma mater zusammenfinden. Bereits im Oktober 1963 war im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich des 20. Jahrestages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die der Stellung der Geschichte der Technik im Unterricht der allgemeinbildenden polytechnischen Schulen vom Institut für Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik durchgeführt worden.

Als Ergebnis dieser seinerzeit genutzten Verbindung zu den Geschichtslehrern fand vom 14. bis 18. Februar 1966 die 2. Hochschulwoche statt, die vom Bezirkskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Karl-Marx-Stadt, der Deutschen Historiker-Gesellschaft, der Bezirksweiten Geschichte der Urania-Gesellschaft und unserem Institut gemeinsam vorbereitet worden war. Es versteht sich von selbst, daß eine derartige Veranstaltung am Vorabend des 20. Jahrestages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, den Fragen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung besonderes Augenmerk zu widmen hatte. Nachdem Prof. Dr. phil. habil. R. Ludloff auf die grundsätzliche Bedeutung der 20-jährigen Geschichte der einheitlichen marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei, gerade für die Geschichtswissenschaft verwiesen hatte, waren es daher besonders die Vorträge von Dr. Helmut Kolbe, Deutsches Wirtschaftsinstitut Berlin, zu Fragen der Strategie und Taktik der westdeutschen Arbeiterklasse und von Dr. Heinz Meiner (TH Karl-Marx-Stadt) über den Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen den preußisch-deutschen Militarismus, die dieser Thematik gewidmet waren. Der zweite Problemkreis umfaßte Themen zur Geschichte der Technik. Obwohl bekanntlich bereits Karl Marx die „Geschichte der Industrie und die gewordenen gegenseitliche

Einseitigkeit der Industrie“, d. h. also im engeren Sinne die Geschichte der Technik, als „das aufgeschlagene Buch der menschlichen Wesenskraft... den sinnlich gegenwärtigen, zugänglichsten Teil der Geschichte“ bezeichnete, ist der Geschichte der Technik im Unterricht unserer Schulen noch ein völlig ungenutzter Platz eingenommen. Es lag nahe, daß das Institut für Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik der Verbesserung dieses bedauerlichen Zustandes besonderen Augenmerk schenkte und die Verbreitung technikhistorischer Wissenschaften unter der Lehrerschaft von Anfang an beträchtlichen Raum widmete.

Während der 2. Hochschulwoche für Geschichtslehrer vor diesem Anliegen vor allem der Vortrag von Dr. Werner Lohse über die Bedeutung der Geschichte der Technik im Unterricht gewidmet. Dieser Aspekt lag auch den Darlegungen Prof. Dr. R. Ludloff zum Verhältnis von Technik und Krieg bzw. über die Entwicklung der deutschen bürgerlichen Technikhistoriographie sowie dem Vortrag von Dipl.-Chem. Klaus Danzer zur Geschichte der Atomistik zugrunde.

Ein weiterer Schwerpunkt der Hochschulwoche bildete die Vermittlung aktueller Kenntnisse über die internationalen Beziehungen. Der Bräder Friedrich-Schiller-Universität Jena spezialisierte in diesem Zusammenhang über die Bedeutung bilateraler Beziehungen der sozialistischen Länder. In dem Abendveranstaltungen vermittelte Prof. Dr. Alexis Neumann (TH Karl-Marx-Stadt) anhand einer Reihe sehr interessanter Diagramme instruktiven Einblick in das moderne Japan vom Blickpunkt eines Ingenieurs, während Dr. Ivo Naiz (Karl-Marx-Universität Leipzig) über Gegenwartsprobleme der internationalen Politik referierte. Fragen der sozialistischen Wehrerbildung war der Vortrag von Oberleutnant Wegand (TH Karl-Marx-Stadt) über die Bonner Konvention des verdeckten Krieges gewidmet. Großen Anklang fanden auch die kulturhistorischen Darlegungen

von Dr. Günter Steiger (Friedrich-Schiller-Universität Jena) über Ideologie und Wirklichkeit des deutschen architektonischen Nationalstils im 19. Jahrhundert. Das Programm wurde weiterhin bereichert durch Vorträge zur Regionalgeschichte — Dr. Hengst (IP Zwickau) sprach über Probleme der Stadtgeschichte unserer Heimat im Lichte der Ortsnamenforschung — und Geschichtsmethodik (Dr. Hans Wermes, Karl-Marx-Universität Leipzig).

Alles in allem war die 2. Hochschulwoche für Geschichtslehrer an der TH Karl-Marx-Stadt ein voller Erfolg für alle Beteiligten, zeigte sich doch deutlich Fortschritte gegenüber der vergangenen Veranstaltung. Dies beweist vor allem die positive Resonanz seitens der anwesenden Geschichtslehrer des Bezirks. Allgemein wurde der Überzeugung Ausdruck verliehen, den beschrifteten Weg weiter zu gehen und auch künftig auf die Vermittlung neuester Erkenntnisse besonderen Wert zu legen. Die Bedeutung der Vorträge wurde nicht nur im Rahmen der Weiterbildung gesehen, sondern darüber hinaus vor allem in der Tatsache, daß die anwesenden Pädagogen Anregungen der verschiedensten Art für ihre verantwortungsvolle erzieherische Tätigkeit empfingen.

Kritisch sei vermerkt, daß die Beurlaubung der Hochschulwoche dadurch beeinträchtigt wurde, daß in der Zeit der Winterferien mehrere Weiterbildungsveranstaltungen liefen. Trotz ungenügender Abstimmung der verantwortlichen Organe läßt es sich nur schwer erklären, weshalb von über 120 Geschichtslehrern der Stadt Karl-Marx-Stadt selbst nur maximal zehn Kollegen die günstige Gelegenheit zur eigenen Weiterbildung wahrnahmen. Lag das an der Arbeit der Abteilung Fortbildung beim Rat des Kreises?

Abschließend sei noch erwähnt, daß parallel zur genannten Hochschulwoche eine Tagung des zentralen Arbeitskreises Geschichte der Technik der SED beim Präsidenten der Urania-Gesellschaft am Institut für Geschichte der Naturwissenschaften

und der Technik in Karl-Marx-Stadt stattfand, auf der die oben genannten technikhistorischen Themen vorgetragen und ausführlich diskutiert wurden. Hinzu kam für diesen Kreis ein Vortrag von Dr. Albert Kraus über Georgius Agricola und seine Bedeutung für die Geschichte der Technik.

Zusammenfassend sei festgestellt, daß die Veranstalter der 2. Hochschulwoche für Geschichtslehrer und der Tagung des Arbeitskreises Geschichte der Technik die Erfahrungen beider Veranstaltungen sorgfältig auswerten werden. Nicht zuletzt gilt es, die bereits vorhandenen Ansätze der Zusammenarbeit über den Rahmen der TH Karl-Marx-Stadt hinaus auszubauen.

Dr. phil. Aribert Kraus

Zur Kritik der Nationalökonomie, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: Marx-Engels, Kleine ökonomische Schriften, Berlin 1955, S. 187

Anfrage an den Prorektor für Studienangelegenheiten:

Was wird unternommen, um zu gewährleisten, daß die Stundenpläne künftig

1. rechtzeitig vor Semesterbeginn den Fakultäten und Instituten vorliegen, und

2. keine groben Fehlpaltungen mehr enthalten?